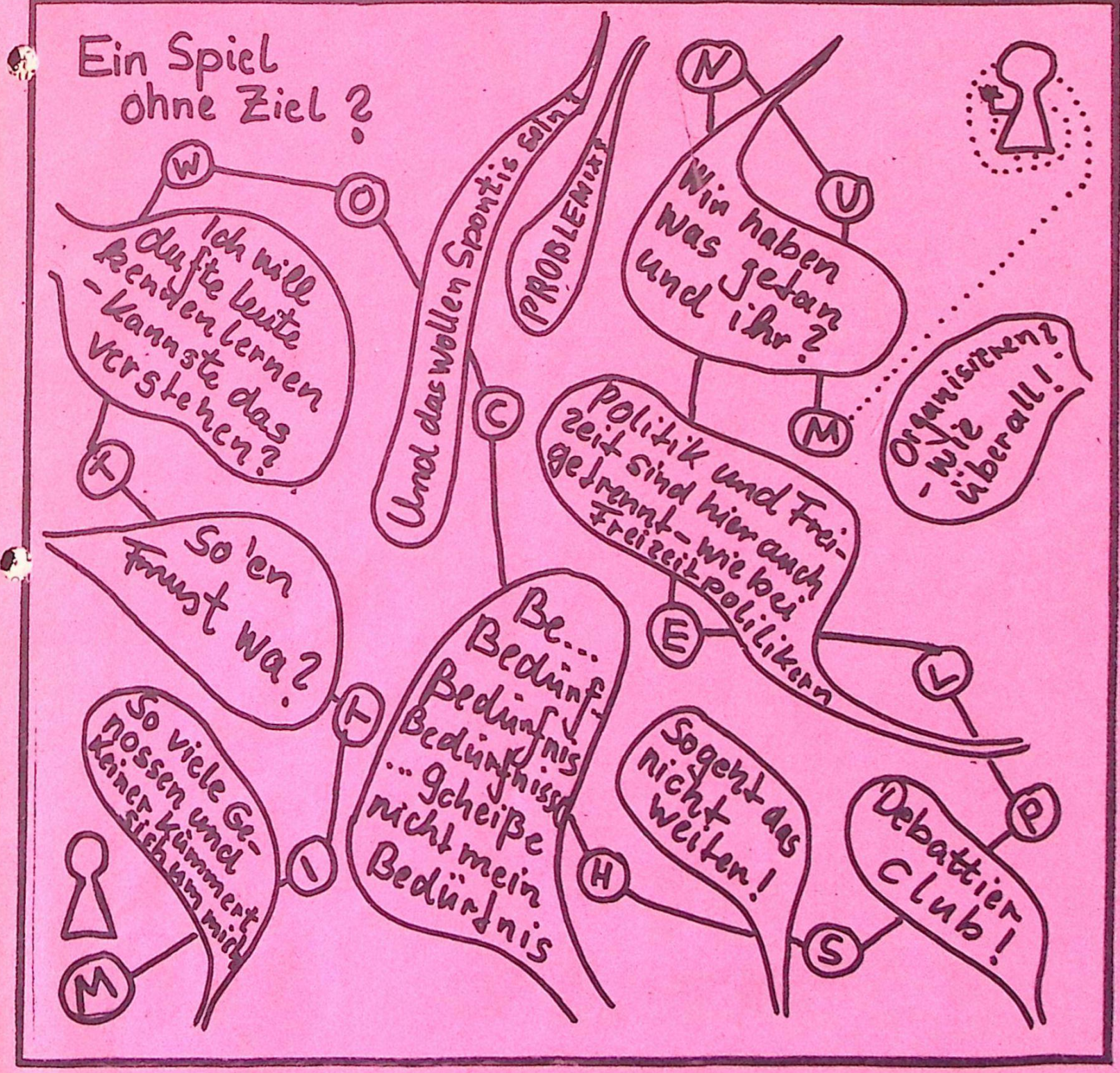
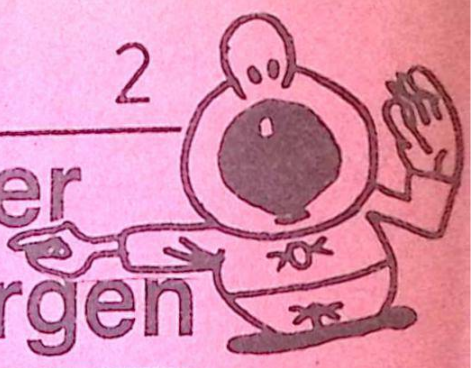
Beiliegendes Plakat zum Hungerstreik ist nicht für die schönen "linken" Stuben gedacht, sondern zur "Verschönerung" unserer Umwelt!

# INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 29

21.10.1974 WÖCHENTLICH DM 0.50





# „MUKI": Ein internationaler Kindergarten mit Geldsorgen

## Einzigartiges Experiment droht zu scheitern — Hilfe vom Senat?

**„MUKI" steht groß angeschlagen an der Haustür des Hauses Teltower Damm Nr. 166 a in Zehlendorf. „MUKI", das ist nicht etwa der Name für ein Haustier, sondern die Abkürzung für ein in Berlin und im Bundesgebiet einzigartiges Kindergartenprojekt. MUKI heißt nichts anderes als „multinationaler Kindergarten" — ein Kindergarten für Kinder aller Nationalitäten. Kaum hat dieser ungewöhnliche Kindergarten jedoch am 1. August seine Arbeit aufgenommen, da ist das Projekt schon gefährdet: Wenn „MUKI" im nächsten Jahr nicht finanziell vom Senat gefördert wird, wird sich der Kindergarten kaum über Wasser halten können.**

Ungewöhnlich am „MUKI" ist nicht nur, daß der Kindergarten ganz bewußt für deutsche und ausländische Kinder da sein soll, sondern auch, daß nur Kinder aufgenommen werden, deren Eltern in drei benachbarten Zehlendorfer Großbetrieben arbeiten. Von den Eltern, die hier beschäftigt sind, ging auch die Initiative zum „MUKI" aus. Viele Eltern wußten einfach nicht mehr wohin mit den Kindern, besonders dann, wenn die Mütter ebenfalls arbeiteten. Seit etwa drei Jahren diskutierten sie deshalb schon die Einrichtung eines Betriebskindergartens für die drei Betriebe.

Als nach langen Diskussionen noch immer kein Kindergarten in Sicht war, nahmen einige Eltern und einige Betriebsratsmitglieder dann vor einem Jahr die Sache selber in die Hand. Als „Freundschaftsverein deutscher und ausländischer Arbeitnehmer e. V." arbeiteten sie mit einigen Kindergärtnern, Studenten und Erziehern ein Konzept für einen eigenen Kindergarten aus, suchten geeignete Räume in der Nähe der drei Betriebe und sammelten meist bei privaten Spendern ein Jahr lang das „Startkapital" für den „MUKI".

Vor zwei Monaten konnte „MUKI" dann nach mühseliger Suche und einigen Umbauten in den zwei Etagen des ehemaligen Polizeireviers mit der Arbeit beginnen. Der Andrang von seiten der Eltern war unerwartet groß. Innerhalb kürzester Zeit war die Höchstgrenze von 32 Kindern schon erreicht. Morgens zwischen 5.30 und 6 Uhr, unmittelbar vor Arbeitsbeginn, werden die Kinder von ihren Eltern in den Kindergarten gebracht und nachmittags um 17 Uhr nach der Arbeit wieder abgeholt. In der Zwischenzeit werden die deutschen, türkischen, jugoslawischen und italienischen Kinder von drei Erziehern und zehn Honorarkräften in kleinen Gruppen betreut. Jede Gruppe ist dabei ganz bewußt aus Kindern verschiedener Nationalität gemischt.

## Mit den Sprachproblemen werden sie schnell fertig

**Beim gemeinsamen Spiel, beim Toben, Essen oder beim gemeinsamen Vorschulunterricht sollen die Kinder von kleinauf lernen, daß es nicht Menschen erster und zweiter Klasse gibt. Sprachprobleme gibt es zwar noch am Anfang in den Gruppen, doch werden die Kinder sehr schnell damit fertig. Die ausländischen Kinder sollen jedoch nicht nur von ihren Spielgefährten deutsch lernen, sondern auch noch in ihrer Heimatsprache lesen und schreiben lernen, um nicht völlig von dem kulturellen Hintergrund ihres Heimatlandes entfremdet zu werden.**

■ Gegenseitiges Verständnis und gemeinsames Handeln sollen im „MUKI" jedoch nicht nur die Kinder lernen. Auch die Eltern sollen möglichst viel bei der Arbeit mitmachen und nicht einfach nur ihre Kinder dort „zur Aufbewahrung" abliefern, sondern auch genau wissen, was mit ihren Kindern dort passiert. Alle drei bis vier Wochen sind deshalb Elternversammlungen vorgesehen. Schon bei dem ersten Elterntreffen am letzten Sonntag war die Beteiligung ungewöhnlich groß. Fast alle Eltern waren da und diskutierten etwa vier Stunden lang über die Kinder und den MUKI und lernten sich dabei kennen. Einige Eltern erklärten sich dabei sofort bereit, im Kindergarten mitzuhelfen, damit der „MUKI" auch am Sonnabend geöffnet sein kann, wenn einige Betriebsabteilungen Sonderschichten einlegen.

■ **Größte Sorge der Eltern und Mitarbeiter ist jetzt das Geld. Der „MUKI" verschlingt monatlich über 10 000 Mark für Versicherung, Miete, Essen und Spielmaterial. Die Eltern zahlen — je nach sozialer Lage — nur einen monatlichen „Anerkennungsbeitrag" zwischen 30 und 150 Mark. So fehlt es im Augenblick an Geld für Spielsachen, Renovierung und Gehältern für die Mitarbeiter. Eine türkische und eine jugoslawische Kraft warten schon seit dem 1. August auf ihre Anstellung, die aber jetzt aus finanziellen Gründen noch unmöglich ist.**

Bisher hat sich der „MUKI" allein aus Spenden finanziert. Die Betriebsleitungen der drei Betriebe weigerten sich bisher, den Kindergarten ihrer Belegschaftsangehörigen zu unterstützen. Gelder könnten jetzt nur noch von staatlicher Seite kommen. Am 22. Oktober wird sich entscheiden, ob der „MUKI" als Sonderprojekt finanziell gefördert wird. Wenn nicht, dann wird der Kindergarten schlimmstenfalls sogar seine Pforten schließen müssen, denn der Spendenvorrat reicht jetzt nur noch bis Ende Dezember. Damit das Projekt weitergeführt werden kann, haben die Eltern der MUKI-Kinder auf ihrer ersten Versammlung einen Brief an die zuständige Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport geschrieben, in dem sie ausdrücklich um Unterstützung bitten.

**„In der relativ kurzen Zeit seit der Eröffnung des Kindergartens konnten wir bei den Kindern schon beachtliche Fortschritte in ihrer Entwicklung feststellen", heißt es in dem Brief der Eltern. „Dieser multinationale Kindergarten ist eine hervorragende Einrichtung, und wir können uns den MUKI nicht mehr wegdenken."**

VERA GASEROW

SP. VBL. 13.10.74

### Multinationaler Kindergarten

In seinem Bericht über den „Multinationalen Kindergarten" in Zehlendorf-Süd (22 Kinder im „Muki" betreut, Nr. 8838) läßt Ekkehard Schwerk offen, welcher Betrieb beziehungsweise Betriebsrat nichts mit „Muki" zu tun haben will. Wir halten das für unglücklich. Unser Arbeitsprogramm enthielt lan[illegible] Zeit den Wunsch nach einem betriebseigen[illegible] Kindergarten. Das kann aber in einem vollkontinuierlich arbeitenden Betrieb kaum verwirklicht werden. Darum standen wir der Idee, einen nicht weit vom Betrieb entfernt liegenden Kindergarten für die Anliegerfirmen einzurichten, nicht ablehnend gegenüber. Wir haben in Übereinstimmung mit dem gesamten Betriebsrat uns die Räume angesehen, Gespräche mit den zuständigen Leuten geführt und die Belegschaft, die einen starken Ausländeranteil hat, auf die ihnen durch „Muki" gebotenen Möglichkeiten hingewiesen. Jetzt sind acht Kinder unserer Kollegen im „Muki" untergebracht. Wir würden es sehr bedauern, wenn dieser Kindergarten seinen Betrieb wegen fehlender finanzieller Unterstützung, die wir besonders vom Senat erwarten, einstellen müßte.

**Horst Kammrad, Berlin-Zehlendorf,**
Betriebsratsvorsitzender der Spinnstofffabrik Zehlendorf AG TP 20.10.74

VIELLEICHT SCHREIBEN DIE LIEBEN GENOSSEN AUCH MAL WAS DAZU!

SIEHE AUCH INFO Nr. 77

## GEGEN DIE UNDIALEKTISCHE NEGATION DER ML GRUPPEN

Die undogmatische Linke verhielt sich gegenüber den verschiedenen ML - Gr. bisher fast ausnahmslos nur schlicht negatorisch. Aus vielen Kritikpunkten an diesen Gruppen wurde nur der Schuß gezogen, das man das, was die MLer machen, auf keinen Fall tun dürfe; alles was von den MLern aufgegriffen und verwaltetwurde, wurde fast gleichzeitig für die undogmatische Linke mit einem Tabu versehen, Flugblätter der MLer wurden nicht gelesen, weil man sich von ihnen Information erhoffte, sondern weil man sehen wollte "was die wieder für einen Scheiß" verzapft haben, jegliche Äußerung der MLer wurde negativ besetzt.

Dieses unser Verhalten müssen wir kritisieren. Wir warfen zwar den MLgruppen ständig sektirerisches Verhalten vor ! und dies nicht zu Unrecht- verhielten uns jedoch praktisch genauso sektirerisch. Eine punktuelle Zusammenarbeit -hier seien die Demos einmal ausgeklammert- schlossen wir von vornherein aus. Dies glaubten wir dadurch rechtfertigen zu können, indem wir sagten, den MLern geht es nicht um die Sache, sie wollen ja doch nur Mitglieder für ihre Partei, ihren Bund sammeln. Diese Einschätzung ist zwar zum Größten Teil berechtigt, der Schuß, jede Berührung mit den MLern abzulehnen, macht es jedoch den Parteien/Bünden erst möglich, daß sich gerade politisierte Genossen in ihren Reihen wiederfinden.

Dieses im Hinterkopf, drucken wir im Folgen Plattform der Initiative Volksentscheid fuer Poliklinik ab. Sie sollte in den verschiedenen undogmatischen Gruppen diskutiert werden, sowohl Problem eines der naechsten Mittwochsplena werden.
Nur wenn sich auch undogmatische Genossen an der Bewegung fuer Polikliniken beteiligen ist die Gewaehr dafuer gegeben, dass das Ganze nicht zu einer reinen KPD - Wahlkampfinitiative verkommt.

---

Gelernter Setzer aus Westdeutschland sucht dringend Job in (linker) Druckerei. Wer kann helfen ?
(Tips an Info-BUG: Stichwort 'Setzer'

---

# Plattform der Initiative Volksentscheid für Polikliniken

Das Recht der Berliner Bevölkerung auf Volksentscheid soll abgeschafft werden. Mit unserer Initiative soll der Volksentscheid verteidigt und genutzt werden.
Der Artikel 3, Abs.1 Satz 1 der Verfassung von Berlin heißt :
"Die gesetzgebende Gewalt steht allein der Volksvertretung und durch den Volkaentscheid dem Volke zu."
In den Artikeln 39,45,49 und 88 finden wir nähere Ausführungen zum Volksentscheid. Der Senat beabsichtigt, den Artikel 3 zu ändern. In Zukunft soll es heißen:
"Die gesetzgebende Gewalt steht allein der Volksvertretung zu."
Die anderen Artikel werden entsprechend geändert oder gestrichen.
Damit wird deutlich, daß das minimale Recht der Bevölkerung über den Volksentscheid auf Gesetzgebung und Verfassungsänderung Einfluß zu nehmen, in Zukunft wegfallen soll. Und das in einer Zeit, in der die Bevölkerung damit beginnt, sich selbständig zu organisieren und nach Mitteln und Wegen sucht, ihre Interessen durchzusetzen. Es handelt sich um einen offenen Angriff auf die demokratischen Rechte und die Interessen der Bevölkerung unserer Stadt.
Unsere Initiative will das Recht der Bevölkerung auf Volksentscheid verbinden mit der positiven Forderung nach Polikliniken, zu deren Wiedereinrichtung eine Gesetzesänderung notwendig ist. Damit wird das Recht der Bevölkerung, an Gesetzesänderungen mitzuwirken, beispielhaft verwirklicht.
Unsere Forderung nach Polikliniken stellen wir auf, weil sich die gesundheitliche Lage der Werktätigen von Jahr zu Jahr verschlechter. Zum ersten Mal seit Jahrhunderten sinkt die Lebenserwartung die Zahl der Frührentner ist heute nahe zu gleich groß wie die der Normalrentner. Das durchschnittliche Rentenalter ist auf unter 6o Jahre herabgesunken.
Auch die Ursachen der verschlechterten gesundheitlichen Lage lassen sich nicht verbergen: Nicht eine "unvernünftige Lebensweise der Bevölkerung" trägt dafür die Schuld, sonder die ständig steigende Arbeitshetze in den Betrieben gehlender Arbeitsschutz, die zunehmende Verseuchung von Luft, Wasser und Erde, die schlechten Wohnverhältnisse.
Und nicht zuletzt die Einrichtung der Gesundheitsversorgung, die gemessen am Stand der medizinischen Wissenschaft und der materiellen Möglichkeiten auf

einem System ärztlic her Handwerksbetri ebes basiert und die im Bereich des Krankenhauswesens und der staatlichen Fürsorge durchgehend nach dem Prinzip der Sparsamkeit gefürht werden.
Die freipraktizierenden Ärzte haben das Recht auf die alleinige ambulante Versor gung. Dieses Recht verbirgt sich hinter dem § 368n der Reichsversicherungsordnung, der 1955 vom Abgeordnetenhaus in die Berliner Gesetze übernommen wurde. Hier heißt es:
"Die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Kassenärtzlichen Bundesvereinigungen haben die nach § 182 den Krankenkassen obliegende ärztliche Versorgung sicherzustellen und den Krankenkassen und ihren Verbänden gegenüber die Gewähr dafür zu übernehmen, daß die kassenärztliche Versorgung den gesetzlichen und vertraglichen Erfordernissen entspricht#
197o wurde ihnen durch ein Urteil des Bundesverfassungsgericht darüberhinaus völlige Niederlassungsfreiheit garantiert. Die Folge: In Arbeiterbezirken lassen sie sich nur noch nieder, wenn günstige Darlehen und Umsatzgarantien geboten werden, so z.B. jetzt in Moabit, wo einem Kinderarzt 1oo ooo,--DM Jahresumsatz garantiert wird. Weiter wurde ihnen das Monopol auf die Vorsorgeuntersuchungen bei Frauen ab 3o Jahren und bei Männern ab 45 Jahren zugebilligt.
Jeder der einmal krank war, hat die kata strophalen Zustände kennengelernt:
Die Praxen der Ärzte sind klein, technische und diagnostische Hilfsmittel fehlen fast völlig. Praxen und Laboreinricht gen werden nicht überprüft. und erfüllen nicht die optimal notwendigen hygienischen Forderungen. Viele Ärzte sind seit Jahrzenten im Beruf ohne sich weiterzubilden, ihr Wissen entspricht in keiner Weise den heutigen medizinischen Anforderungen und Möglichkeiten. Die Wartezimmer sind total überfüllt, für eine gründliche Diagnose und Behandlung ist keine Zeit. Nach durchschnittlich 1 1/2 Stunden Wartezeit bleiben gerade 5-7 Minuten für die Behandlung. Geöffnet sind die Praxen nur durchschnittlich 3o Stunden von 168 Stunden in der Woche. Nach Praxisschluß, an Wochenenden, an Feiertagen und Nachts ist es fast unmöglich einen Arzt zu finden. In den Krankenhäusern müssen akut Kranke immer wieder abgewiesen werden, weil die Krankenhäuser nicht ambulant behandeln dürfen. Die Notärzte die nachts durch Berlin fahren sind völlig überlastet. Oft wird dieser Dienst auch von Haut- oder Zahlörzten versehen, die nicht die erforderlichen Fachkenntnisse besit zen.

In den Betrieben das gleiche katastrophale Bild: In vielen Betrieben überhaupt keine ärztliche Versorgung, in anderen Betrieben gibt es zwar Ärzte, von versorgen können die Kollegen aber nicht sprechen. Die Ärzte die dort kurz in den Betrieben sind, w. wie z.B. bei Flohr-Otis ein Kinderarzt für zwei Stunden in der Woche oder bei Borsig ein Hautarzt für zwei Stunden in der Woche oder bei Stunden am Tag, haben nur einE Funktion: Dafür zu sorgen, daß die Kollegen so schnell wie möglich wieder an den Arbeitsplätzen stehen.
Weil diese Zustände auf die Dauer nicht verborgen geblieben sind, kämpfen zahlreiche Bürgerinitiativen, Kampfkommitees, die KPD, fortschrittliche Ärzte und andere für die Einrichtung von staatlichen Polikliniken. Auch das Programm der ÖTV, SPD, FD[redacted] Jungsozialisten und Jungdemokreten ent hält diese Forderung seit Jahren.
Die rechnischen, organisatorischen und medizinischen Vorzüge der von uns geforderten Polikliniken sind offensichtlich:
-Alle diagnostischen Hilfsmittel für eine rasche und richtige Diagnose sind an einem Ort zussammengefaßt.
- Ärzte verschiedener Fachrichtungen sind in den Polikliniken vertreten. Im Gegensatz zur privaten Praxis wir d ihre Arbeit für die Bevölkerung einsehbar. Im Bezug auf ihr Wissen, ihre Weiterbildung und ihre Behandlungsmethoden, werden sie kontrolliert und angeleitet.
- Die Einrichtungen für die ambulante und stationäre Bahandlung können eng zusammenarbeiten, die Polikliniken sind Krankenhäusern angeschlossen.
-Krankengeschichten, diagnostische und therapeutische Daten können besser zusammengefaßt werden, dadurch kann die medizinische Versorgung verbessert werden.
-Die Behandlung der Patienten kann ver bessert werden, weil die Ärzte Angest ellte sind und nicht mehr nach Krankenscheinen jagen können.
-Junge Ärzte können an den Polinkliniken ausgebildet werden.
-Die Polikliniken sind 24 Stunden am Tag geöffnet und besetzt, die Ärzte machen auch Hausbesuche.
Vielen Berlinern sind diese Vorteile der Polikliniken noch aus den Jahren 1949-55 bekannt. Die damals bestehenden Polikliniken erfreuten sich besonders bei den Werktätigen großer Beliebtheit. Zehntausende (1951 allei in Neukölln 59 ooo) ließen sich jährlich dort behandeln. Trotzdem ließ

der Senat unter der Hand 1953 38 Poliklinken schließen.
1955 übernahm Berlin den § 368 der RVO in sein Gesetz - er gab die Rechtsgrundlage für die Schließung der restlichen Poliklinken ab. Heute gibt es nur noch die Universitätspolikliniken zu Lehr- und Forschungszwecken, in sie muß man in der Regel von einem niedergelassenen Arzt überwiesen werden.
Auf die zahlreichen Forderunge nach staatlichen Poliklinken hat es bisher keine Reaktion des Senats gegeben. Wir schlagen deshalb jetzt die Durchführung eines Volksentscheids vor, um die gesetzliche Grundlagen für die Einrichtung von Poliklinken zu erkämpfen.
Ein solcher Volksntscheid ist gerade je tzt besonders wichtig, denn dieses einzige jetz
einzige direkt demokratische Recht der Bevölkerung will der Senat beseitigen. Im Juni dieses Jahres hat er den Antrag auf Verfassungsänderung ins Abgeordnetenhaus eingebracht. So soll der Volksentscheid für Gesetzgebung und Verfassungsänderung abgeschafft werden.
Wir fordern alle Organisationen, Parteien, Bürgerinitiativen, Komittes, Gewerkschaften, fortschrittliche Ärzte sowie alle Einzelpersonen auf, diesen Volksentscheid mit den ihnen gegebenen Mitteln zu unterstützen.
Wir fordern das Bestehenbleiben des Art. 3 der Verfassung von Berlin.
Verbunden damit fordern wir die Schaffung der gesetzlichen Grundlage für die Einrichtung von staatlichen Polikliniken, sowie ihre Einrichtung!

## POSITIVES DER INITIATIVE

Die Initiative greift die Forderung von Bürgerinitiativen für die Erhaltung des Volksbegehren auf. Sie wendet die abstrakte Forderung praktisch indem sie das Volksbegehren anwendet.
Die Forderung nach Polikliniken ist u.a. forderung der "Linken" in der SPD, im Kommunalpolitischen Programm der SPD- Kreuzberg wird der Aufbau von Polikliniken als notwendig herausgestrichen. Die SPD tritt in ihrem Wahlprogramm für 1975 mit der Forderung nach ausreichender medizinischer Versorgung an die Öffentlichkeit - sicherlich wird sie auch herausstreichen was sie auf diesem Gebiet schon alles positive erreicht hat.
Auf dem letzten Ärztetag in Berlin forderte eine opositionelle Gruppe den Ausbau von Polikliniken.

# Wähler wollen mehr politischen Einfluß

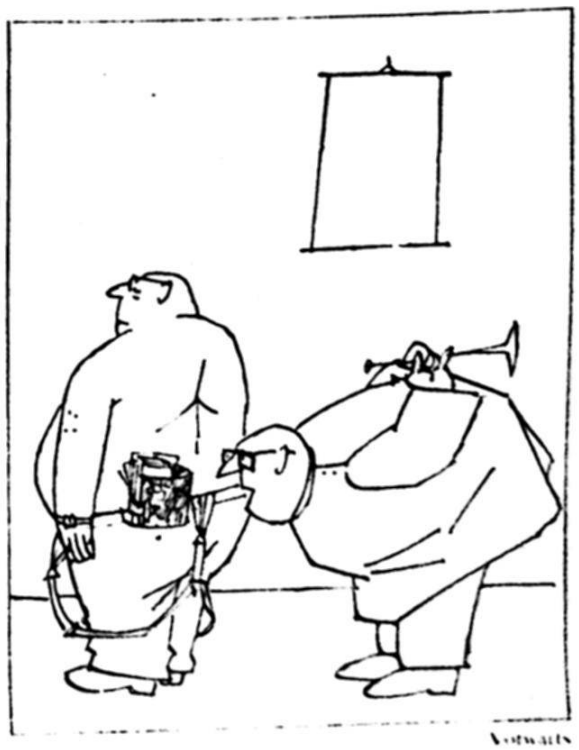
## Die Stimmabgabe genügt ihnen nicht mehr

*Von unserer Korrespondentin Ingeborg Jahn* FR 11.7.73

BONN, 10. Juli. Nicht die im Grundgesetz von 1949 verankerte repräsentative Demokratie entspricht den politischen Idealen der modernen Staatsbürger. Sie wünschen sich vielmehr eine Staatsform, die eine stärkere politische Einflußnahme des einzelnen Bürgers garantiert. Diese Feststellung ist das Ergebnis einer Umfrage des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften (Infas), bei der insgesamt 1091 Bundesbürger im wahlberechtigten Alter befragt wurden.

63 Prozent der Befragtten wollen in wichtigen politischen Fragen die Entscheidung nicht den Parteien oder Politikern übertragen, sondern durch Volksabstimmung die Bürger selbst entscheiden lassen. Dagegen wollen 22 Prozent keinerlei neue Elemente direkter Demokratie; sie vertreten die Meinung, der Einfluß des einzelnen Bürgers sei durch die regelmäßigen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland ausreichend gewährleistet. Die übrigen 15 Prozent waren ohne Meinung.

Sämtliche sozialen Schichten, das ergab die Untersuchung weiter, und auch alle politischen Gruppierungen sprechen sich mit Mehrheit für größere Enflußmöglichkeiten des Bürgers auf das politische Geschehen aus. Allerdings wurde festgestellt, daß man, je höher die individuelle Bildungsstufe ist, desto häufiger dazu neigt, die Politik mehr den gewählten Vertretern zu überlassen. Auch regionale Unterschiede waren festzustellen: in Bayern, wo die Bevölkerung kürzlich durch Volksentscheid über Rundfunk- und Wahlrechtsregelungen abstimmte, regte der aktuelle Bezug 70 Prozent an, für größere Beteiligungsrechte zu votieren. In keinem anderen Bundesland finden sich auch nur annähernd vergleichbar viele Befürworter für die direkte Betiligung



**„Klassenloses Krankenhaus? Um Gottes willen! Zum Beispiel Sie mit Ihrer empfindsamen Psycho, wie ich eben feststelle ..."**

## NEUORGANISATION DES MP

Das Mittwochsplenum muß eine Plattform bekommen. Dies kann aber nicht formal geschehen, sondern muß aus der bisherigen Arbeit entwickelt werden. Es muß in diesem Zusammenhang ersteinmal festgestellt werden, daß das was bisher erreicht wurde keineswegs rundum negativ war. Das MP ist nicht nur ein Frustrationsreaktor, sondern eben das Produkt des Versuches, die Berliner undogmatische Linke in einem Diskussionsprozess zusammenzubringen. Es wurde nun ein Stadium erreicht, daß eigentlich eine Generaldebatte über eine Organisationsveränderung sowie über ein Selbstverständnis erarbeitet werden müßte. Als Diskussionsvorschlag böte sich folgendes Modell an:
Das MP wird inhaltlich zweigeteilt in:

1. Informationsaustausch:
   - Berichte der Gruppen
   - Anstehende Aktionen
   - Informationsaustausch
   - Möglichkeit der Zusammenarbeit unter den Gruppen
   - Vorbereitung des nächsten MP
   - Eingliederung von neu Hinzugestoßenen
2. Inhaltliche Diskussion über ein vorher festgelegtes und publiziertes Hauptthema, das von einer zu bildeten 'Theoriegruppe' vorbereitet und vorstrukturiert wird. (z.B. Theorie der Stadtteilarbeit, Hochschule/ Wahlkampf/ Poliklinik Reformismus/ K-Gruppen etc.)

Durch eine zeitliche Begrenzung vor allem des ersten Teiles soll versucht werden eine programmatische Plattform und damit notwendigerweise verbundene Organisationsform zu finden. Auf jeden Fall muß das MP'offen' bleiben, da es sich gerade dadurch von den K-Gruppen positiv abhebt. Die linke Gegenöffentlichkeit darf nicht einer 'effektiveren' Arbeit geopfert werden, da die Motivation zur aktiven Mitarbeit selbst ein Teil der wirklichen Diskussionsprozesse im MP ist und nicht als vorausgesetztes Sponti-bewußtsein ausgelagert werden kann. Unsere Praxis muß besser werden als die der K-Gruppen, denn an ihrer Praxis werdet ihr sie erkennen !!!

## TERMINE

termine:-mi.,23. im 1.Progr.,16.2o: wichtiger film:"Kommunismus seit 1oo jahren".- do. 24.,"zwei oder drei dinge die ich von ihr weiß"von Godard im "Free Cinema"programm der Landesbildstelle,um 19.3o(eintritt:frei!)
- Studienanfängerabend mit filmen("Studentendemonstration 1972"), erfährt man was sich so im"Umkreis der Hochsc hule"tut.Außerdem wird der film "Chile,der kampf geht weiter" mit diskussion,am freitag 25. um 19.3o in der ESG,carmerstr.11,tel.: 3139oo1.

**Der Kreuzberger Planungsausschuß der Bezirksverordneten-Versammlung wird gemeinsam mit den Bürgervertretern aus dem Sanierungsgebiet Kreuzberg Süd am 23. Oktober, 19 Uhr, in der Schulaula, Kohlfurter Straße 36, zu einer Sitzung zusammenkommen. Wie berichtet, mußte ein erster Termin wegen Überfüllung verschoben werden. (Tsp)**

## MULTI MEDIA

### MEDIENGRUPPE

Da das INFO jetzt in einem geschloßenren raum gemacht wird,schlage ich vor daß das lange geplante medienarchiv im Inforaum aufgestellt werden soll,das heißt:ein ordner für Fotomaterial(von jeder aktion oder aktivität sollen die KONTAKTABZUGE von den gemachten Bildern,mithinten drauf eine kotaktadresse,hier rein kommen).
Ein ordner für video-,filmmaterial mit einer liste der arbeitenden video- u. filmgr. sowie über das material (z.b. putte,chile usw.)was gemacht worden ist.
Ein ordner für artikeln,Diaton-schaus.
Was aus der Mediengr.geworden ist? Drei leute haben sich vor 2 wochen ungefähr im medienzentrum getroffen, und beschloßen sich nur noch bei bedarf zu treffen u. an den angefangenen diatonprojekten(FUSZ..)u.anderen projekten(medienarchiv...)weiterzuarbeiten.Die leute vom medienzentrum haben auch keine lust mehr mit uns zus.zu arbeiten.Die mediengr.krankte nämlich,wie so manche spontigruppen, an zuviel "verbaler" Spontaneität u. an der so oft beschworenen Kontinuität Aber noch ist nicht alle Hoffnung aufgegeben!Daß sich die spontis noch mal in bezug auf ARBEITSDISZIPLIN emanzipieren werden!

## HUNGERSTREIK

Presseinformation über Hungerstreik politischer Gefangener gegen Sonderbehandlung (Isolation) in Westberlin
Stand: 15.10.74, 24 h
(veröffentlicht auf der Pressekonferenz am 16.10.74 in Stuttgart)

In Westberlin beteiligen sich z.Zt. 15 politische Gefangene an dem Hungerstreik mit dem sie wie ihre Genossen in den Vollzugsanstalten der BRD die an ihnen fortgesetzt vollstreckte Sonderbehandlung (Isolationshaft) bekämpfen.
Der Hungerstreik begann am 13.9.74; die Streikenden werden ihn solange fortsetzen, solange ihren Forderungen nicht entsprochen wird.
Bei allen Streikenden ist inzwischen eine erhebliche körperliche Schwächung eingetreten. Bei einigen ist die Schwächung soweit fortgeschritten, daß sie sich nur noch kurzzeitig in ihren Zellen bewegen können. Andere sind nur noch unter äußerster Anstrengung in der Lage, sich aus den Zellen - zum Hofgang, zu Anwaltsbesprechungen und Besucherstunden - zu entfernen.
Bisher wird trotz dieser unübersehbaren Zeichen körperlicher Schwächung keiner der Streikenden künstlich ernährt. Die Westberliner Justiz will diese Maßnahme erst dann ergreifen, wenn die Streikenden ihr keinen Widerstand mehr entgegensetzen können. Im Krankenhaus der U-Haft-Anstalt Moabit erklärte der dort tätige Arzt Dr. Finn gegenüber einer politischen Gefangenen Irene Goergens: "Wir machen künstliche Ernährung erst dann, wenn die Leute den Schlauch widerstandlos hinnehmen; zwangsweise Ernährung durch Schlauch kommt nicht in Frage; das kann noch 100 Tage dauern."

Die Westberliner Justizverwaltung praktiziert auf diese Weise gegenüber den Streikenden im Vergleich mit den Bundesländern eine besondere Taktik. Die Eingriffsverzögerung bis zum Erlöschen der Widerstandskraft bringt die Streikenden in Lebensgefahr: Wer wie die Westberliner Justizverwaltung "bis zur letzten Minute" wartet, nimmt zumindest das Risiko schwerster Schädigungen auf sich.
Irene Goergens und Verena Becker sind erste Opfer dieser Praxis.
Bei Irene Goergens liegen seit Mitte April Zeichen für eine Erkrankung an einem Magengeschwür vor. Irene Goergens wurde deshalb während des letzten halben Jahres mehrfach ohne Erfolg medikamentös in der Frauenhaftsanstalt behandelt... Die Magensymptomatik bestand auch nach Beginn des Hungerstreiks, was den Vollzugsbehörden bekannt war.
Im Verlauf des Hungerstreiks verminderte sich bei Irene Goergens die Fähigkeit, Flüssigkeit zu sich zu nehmen und bei sich zu behalten, kontinuierlich...Die körperliche Schwächung schritt infolgedessen rapide voran.
Daß Irene Goergens zugleich unter stärksten Schmerzen litt, war für jedermann offensichtlich.
In dieser Situation wiederholte Irene Goergens ihre Forderung, von einem Arzt ihres Vertrauens untersucht und behandelt zu werden. Der Forderung wurde am 8.10.74 ...teilweise entsprochen. Die Untersuchung ergab, daß Lebensgefahr besteht, wenn nicht sofort unter veränderten Umweltbedingungen eine diagnostische Untersuchung und stationäre Behandlung erfolge. Demgemäß beantragte der Unterzeichnete, Irene Goergens sofort zur stationären Diagnostik und Therapie dem Klinikum Steglitz zuzuzuführen.
Irene Goergens wurde zu dieser Zeit weiterhin ärztlich nicht versorgt. Am 10.10. wurde sie in das Haftkranken-


**Informations-Dienst**
**zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten**

ERSCHEINT WÖCHENTLICH

monatsabo 6,-dm
gegen vorkasse

neue adresse:
6 frankfurt 1
hamburger allee 45
tel: o611/7o 43 52

postscheckkonto w.spruck, ffm 6o, nr. 52 52 28-6o2

den ID kann man auch im polit.buch bei einer tasse kaffee lesen
(und natürlich auch kaufen, wenn man ihn zu hause im aktenordner stapeln will)

haus verlegt, wo sie lediglich beobachtet wurde.
Durch Beschluß vom 11.10.74...erlangte Irene Goergens schließlich die Möglichkeit, durch einen anstaltsfremden Arzt untersucht und behandelt zu werden. Der Beschluß teilte mit, daß sich auf Bemühen der ev.Kirchenleitung mehrere Chefärzte Westberliner Krankenanstalten zur Untersuchung und Behandlung von Irene Goergens bereiterklärt hätten. Die Untersuchung durch einen dieser Ärzte fand am 12.10.74, nachmittags statt. Am Abend des 12.10.74 begann eine unter seiner Verantwortung und Kontrolle durchgeführte Behandlung. Sie fibdet als Infusionsbehandlung...statt und dauert an. Sie wird im Haftkrankenhaus durchgeführt. Soweit es für die Therapie erforderlich ist, nimmt Irene Goergens Nahrung zu sich.
Der behandelnde Arzt stellte fest, daß der von ihm erstellte Befund keine Lebensgefahr darstelle, sofern die Patientin sich einer Behandlung unterziehe und den Hungerstreik beende.
Bisher wurde von der Westberliner Justizverwaltung eine von einem anstaltsfremden Arzt verantwortete Behandlung bei politischen Gefangenen stets abgelehnt. Sie wurde jetzt offensichtlich nicht zuletzt wegen massiver Interventionen einer alarmierten Öffentlichkeit, insbesondere kirchlicher Kreise, zugestanden. Ob dagegen allein der beschriebene Gesundheitsverfall von Irene Goergens die Genehmigung zur Folge gehabt hätte, erscheint mehr als fraglich.

Für Verena Becker beantragte der Unterzeichnete gleichfalls am 1.10.74 im Hinblick auf den fortschreitenden Kräfteverfall die Genehmigung der Untersuchung und Behandlung, durch einen Arzt eigener Wahl. Der Antrag wurde am 15.10.wiederholt. Verena Becker kann ihre Zelle seit dem 8.10. nicht mehr verlassen. Verteidigerbesprechungen mußten auf der Zelle erfolgen. Am 11.10. erklärte der zuständige Gefängnisarzt gegenüber Verena Becker, daß er allein aufgrund des äußeren Bildes eine ärztliche Untersuchung für erforderlich halte. Am 12.10.wurde Verena Becker eine Untersuchung durch den behandelnden Arzt von Irene Goergens vermittelt. Dieser stellte fest,...die von ihr geschilderten Symptome seien auf den Hungerstreik zurückzuführen und durch eine Beendigung des Hungerstreiks zu therapieren. Verena Becker konnte sich nicht entschließen, diesem Arzt das für die wietere Behandlung erforderliche Vertrauen entgegenzubringen, nachdem er ihr erklärt hatte, er lehne eine Behandlung in Zukunft ab, wenn sie den Hungerstreik fortsetze.
Seit dem 13.10. konnte die Beschuldigte praktisch ihr Bett nicht mehr verlassen. Gleichzeitig konnte sie kaum noch Flüssigkeit zu sich nehmen. Soweit sie diese trotz erheblicher Ekelgefühle zu sich zu nehmen versucht, erbricht sie sie wieder. Seit Sonntag treten vermehrt Symptome im Nierenbereich und andere schmerzhafte Symptome auf.

Die Abwarte-Taktik der Westberliner Justizverwaltung zwingt zu der Feststellung:

Um die Sonderbehandlung und Isolation der politischen Gefangenen nicht eingestehen und beenden zu müssen, werden die politischen Gefangenen den zwangsläufigen Begleiterscheinungen ihres Hungerstreiks selbst dann noch überlassen, wenn der physische Zusammenbruch unmittelbar bevorsteht. Schon deshalb trägt die Westberliner Justizverwaltung die volle Verantwortung nicht nur für die physische und psychische Zerstörung der politischen Gefangenen durch Sonderbehandlung und Isolation, sondern auch für die Folgen des ihnen hiergegen aufgezwungenen Kampfes.

gez.Dethloff, Rechtsanwalt

---

## WASSERENTZUG BEI RONALD AUGUSTIN - DURSTSTREIK ALLER POLITISCHER GEFANGENEN

Seit Dienstag, den 15.10.1974, wurde Ronald Augustin das Wasser entzogen, um ihn dazu zu zwingen, kalorienhaltige Flüssigkeit (Milch, Bier) zu sich zu nehmen und so den Hungerstreik zu brechen. Zu diesem Zweck war er unter dem Vorwand "bessere ärztliche Versorgung" von Hannover nach Lingen verlegt worden. Infolge dieser Nacht-und-Nebel-Aktion erfuhren die Verteidiger erst am Donnerstag, den 17.10., von dem Wasserentzug. Freitag früh traten daraufhin alle politischen Gefangenen, die bis dahin von dem Wasserentzug bei Ronald Augustin informiert werden konnten, in den Durststreik mit der Forderung: Beendigung des Wasserentzuges. Dieses solidarische Vorgehen hatte Erfolg: Auf die Beschwerde der Verteidiger hin ordnete das Landgericht Osnabrück am Freitag an, daß Ronald Augustin für die Dauer seines Hungerstreiks ausreichend mit Wasser zu versorgen ist.
Der Durststreik wurde daraufhin beendet.

## UNI Z.B. ÖKONOMEN

Der FU-Fachbereich Wirtschaftswissenschaften hat eine Neuerwerbung, Prof. Michael Klöpfer (Öffentliches Recht für Ökonomen), die sich in BFW (Bund Freiheit der Wissenschaften)-Manier vorstellte. Gleich zu den ersten beiden Vorlesungen brachte er einen Präsidialamtsbüttel mit, der nach 3 Stunden "demokratischer" Diskussion damit aufwartete, einen vom Präsidialamt bereits vorgefertigten Schrieb (siehe unten) zu verlesen, dessen Inhalt eine Wiedergabe des Karlsruher Urteils war, um anschließend dann die Veranstaltung abzubrechen.

Verlauf der Veranstaltung:

1. Kurze Vorstellung des Programms
2. 3-stündige Diskussionsversuche der Studenten
3. Ergebnis: Zwischen Podium und Auditorium herrschte ein Verhältnis wie auf einer Wahlveranstaltung von CSU-Strauß. Letzte Äußerung Klöpfers vor Abbruch der Veranstaltung: Ich werde mein Programm anbieten und der Stoff in der Prüfung abfragen, egal, ob die Vorlesung stattfindet.

Klöpfers Konzept:

Ausgabe einer Auflistung des Grundgesetzes nach Objektmerkmalen, z.B. Kirche, Staatsdarsteller (Bunzelpräsident) und im gleichen Warenhausstil Ausgabe einer Auflistung des Verwaltungsrechts. Jegliche Problematisierung sucht man vergeblich, der unbefangene Betrachter muß selbst das sonst gewohnte "Gemeinschaftskundeniveau" vermissen (vgl. Zwergschulerganzungsheft)

Dies bedeutet eine inhaltliche Ausweitung der Juraausbildung auf das Verwaltungsrecht, gleichzeitig eine zeitliche Ausweitung von 1 auf 2 Semester und von 2 auf 4 Wochenstunden, eine für Prüfungskandidaten in den Wirtschaftswissenschaften unzumutbare Mehrbelastung.

Endpunkt seiner reaktionären Betrachtungsweise: man muß Verwaltungsfachmann sein, um die Verfassung überhaupt hinterfragen zu können. Dies ist gleichbedeutend mit Abschaffung der Untersuchung von Entwicklung und sozio-ökonomischen Bezug der Verfassung nach dem Motto: Recht ist, was dem Paragraphen nützt.

Der politische Bezug ist dadurch gekennzeichnet, daß die Uni für die Reformer nicht mehr reformierbar ist (Scheitern des Hochschulrahmengesetzes) In dieses Vakuum stoßen die Rechten vor und nehmen durch Schaffung von Fakten, wie Prüfungsverschärfung und Verschulung des Studiums, sämtliche Novellierungsversuche vorweg.

Schlußfolgerung:

Der Status-Quo ist durch defensive Maßnahmen nicht zu halten. D.h. bloßes Bestehen auf den bisherigen Zustand ist erfolglos. Also:

NICHT: Fort mit, Weg mit, Schluß mit, sondern: Aufhebung der Vereinzelung von Prüfungskandidaten und Studenten durch Arbeitsgruppen, die sich inhaltlich mit der Juraausbildung auseinandersetzen.

Einige Betroffene

In einem Brief an die Teilnehmer obiger Veranstaltung weist der Herr Praesident der FU - "damit keinerlei Ungewissheit hinsichtlich der Rechtslage besteht" - auf folgendes hin:

"Nach der staendigen Rechtssprechung der Verwaltungsgerichte steht jedem Hochschullehrer aufgrund der ihm durch Art. 5 abs. 3 Satz I GG garantierten Lehrfreiheit im Rahmen der durch den Studiengang und das Studienziel Gebotenen die Disposition ueber Inhalt, Ablauf und Methode Methode seiner Lehrveranstaltung zu. Herr Prof. Kloepfer ist deshalb nicht verpflichtet, waerend seiner Lehrveranstaltung andere als von ihm vorgegebene Themen zu eroertern. (...) Jeder, ohne Einwilligung von Herrn Prof. Kloepfer vorgenommene Versuch, die Lehrveranstaltung ihrem Lehrzweck zu entfremden, bedeutet daher eine rechtswidrige Beeintraechtigung... Da die FU Berlin gemaess ihrer Aufgabenstellung verpflichtet ist, einen ungestoerten Lehrbetrieb zu gewaerleisten, werde ich alle erforderlichen Massnahmen ergreifen, um dieser Verpflichtung nachzukommen."

Der Brief endet nicht mit der Parole ZURUECK ZUR ORDINARIENUNIVERSITAET, sondern "mit freundlichem Gruss."

# HOCHSCHULARBEIT DER P H SPONTIS

...hti-Gruppe PH wird im WS ...75 in der GEW arbeiten. Dies ...tet nicht daß der große Kurs...el in das reformistische Lager ...setzt hat; wir begründen unseren Beschluss vielmehr mit folgenden Punkten:

1. Zur Gründung einer Hochschulgruppe braucht man einen institutionellen Rahmen. In unseren bisherigen Versuchen hatten wir diesen nicht, was ein Grund des Scheiterns war. Es ist nicht möglich, daß sich Individuen einfach treffen und aus der bloßen Ablehnung der K-und ADS-Gruppen heraus, quasi aus dem hohlen Bauch heraus, in der Lage sind, eine alternative Hochschularbeit zu entwickeln. Gruppen können nur an der konkreten gemeinsamen Arbeit zu perspektiv arbeitenden Gruppen werden.

2. Das oft irrationale Negieren jeglicher Organisierung durch die Spontis könnte durch die Arbeit in der GEW, in der viele sowieso schon wennauch passive- Mitglieder sind, aufgehoben werden. Warum soll man da, wo man sowieso drin ist nicht auch arbeiten und damit Erfahrungen sammeln ?

3. Bisher versuchte die PH-Gruppe immer ihren Totalitätsanspruch in die praktische politische Arbeit einzubringen und wurde von diesem erdrückt. Die Vorstellungen der einzelnen Individuen divergierte so stark, daß eine sinnvolle Arbeit durch die Fraktionskämpfe blockiert wurde. Nun soll der Weg andersherum gegangen werden: der Anspruch soll aus der konkreten Arbeit heraus, quasi programmatisch, entwickelt werden und damit dem Erfahrungs- und Bewußtseinsstand der Gruppe entsprechen. Nur so bleibt er realisierbar.

4. Die GEW bietet rein pragmatisch gesehen nicht zu unterschätzende Vorteile:
- Loyalität nach Außen (Mitglieder/ Öffentlichkeit)
- Herankommen an Information (konkrete Qualifizierung)
- technischer Apparat und finanzielle Mittel
- Kontakt zur Schulpraxis über GEW organisierte Lehrer/ zu anderen Organisationen des DGB (ÖTV/ Arbeitskreis Schule-Gewerkschaft)

5. Die Arbeit in der GEW bietet uns vor allem zeitliche Vorteile, bis unserer Konsolidierungsprozess abgeschlossen ist. Außerdem kommt sie der "studentischen Verbindlichkeit" entgegen, indem die erweiterte Vorstandssitzung ein fester Termin ist, der an individuellen Aussteigern nicht scheitert.

6. Über die Veranstaltung eines Jour-Fix besteht die Möglichkeit Kontakt zur studentischen Öffentlichkeit herzustellen. Auch dieser Termin kann zur Anlaufstelle für Interessierte werden.

7. Notwendig ist vor allen Dingen, sich über die Möglichkeiten und Perspektive einer GEW-Arbeit ausführlich klarzuwerden. Ohne eine konkrete Einschätzung wird die Mitarbeit zu einem bloßen Angleichen. Ein Zusatztermin läßt sich deshalb nicht umgehen.

8. Als vorläufige Informationsbasis dienen die Infos des SLB-Frankfurt (Nr.16 und 18), die sich näher mit der Problematik der GEW-Arbeit von sozialistischen Lehrern auseinandersetzen.

Kommt zur Sitzung des erweiterten Vorstandes der GEW-Hochschul-Gruppe-PH am Mo-Abend, 19⁰⁰ Ahornstrasse 5 (U-Bahn-Nollendorfplatz)

Sponti-PH

Kampf den ADS-omanen !

Noch ein heißer Tip:

E & K ERZIEHUNG & KLASSENKAMPF
NR.14 Hochschule
-- unbedingt lesen !!!

## KURZNACHRICHTEN

Hungerstreik: Am So.verlas ein Typ vom Folterkomitee auf der Friedenspreisverleihungsfeier die Hungerstreikerklaerung (s.INFO 24). Die Bullen haben ihn gekrallt, und er wurde trotz festem Wohnsitz verhaftet: wegen Verunglimpfung des Staates (?), unterstuetzung einer krim. Vereinigung und Verweigerung der Personalien.

Am Di.forderten einige Leute "amnesty international" auf einer Veranstaltung auf, endlich was gegen die Isolationsfolter in der BRD und W-Berlin zu unternehmen. Ob die vorgesehene Untersuchungskommission was nuetzt, kann man nach dem 1.Versuch allerdings bezweifeln (s.ID 42). Aber immerhin: Prof.Gollwitzer ist "tief beunruhigt" ueber die Knastbedingungen und rief zu staerkerer Kontrolle und zu besserer Information ueber die Zustaende in den Haftanstalten auf.

Die Verteidiger von H.Meins und R.Augustin erstatteten Strafanzeige wegen gefaehrlicher Koerperverletzung gegen die Gefaengnisaerzte. Sie naben Informationen, dass den Gefangenen mit der Zwangsernaehrung Psychopharmaka eingefloesst werden, um den Widerstandswillen der Gefangenen zu brechen. Zum Durststreik der Frauen wegen dem Wasserentzug bei R.Augustin konnte sich der "Tagesspiegel" die Bemrkung nicht verkneifen, die Frauen wuerden das angebotene Wasser zwar verweigern, aber sie haetten ja einen Wasserhahn in der Zelle!

Nach 2o Monaten hat das Landgericht Stuttgart dem Siemens-Konzern in dessen Klage gegen den Rotbuch-Verlag (Wegen dem Buch: "Unsere Siemens-Welt" vom Delius) im wesentlichen"Recht" gegeben - wen wunderts. Finanzielle Folgen für den Rotbuch-Verlag: noch nicht bezifferter Schadensersatzanspruch, Die Verpflichtung, 14 Behauptungen über den Siemens-Konzern in mehreren überregionalen Tageszeitungen zu widerrufen.

Der Senat hat "angesichts der schwierigen Personalsituation im Pflegebereich" den Bezirken erlaubt, die Sonderwachen in Krankenhäusern nach den bis zum 31.9. gültigen, höheren Sätzen zu bezahlen, nachdem eine Interessengemeinschaft der Sonderwachen mit Arbeitsniederlegung ab 15.1o. drohte.

**Zur Unterstützung des Projektes eines Gesundheitszentrums für die Gropiusstadt (wir berichteten am 6. Oktober darüber) hat ein Bürger-Ausschuß bisher 3400 Unterschriften gesammelt.** (Tsp) 10.10.77

Am Montag gingen die Schülerproteste gegen die Verstzung der Lehrerin B. Saarbach weiter. Über 1oo Schüler der Damaschke-Hauptschule, von der B.Saarbach trotz dauerndem Stundenausfall wegen "Lehrerüberhangs" versetzt wurde, gingen in die Borsig-Oberschule, wo es zu einem Handgemenge mit dem Schulleiterkam, dann noch zur Ludwig-Jahn-Schule und zur Leibnitz-Oberschule und forderten die anderen Schüler zur Solidarität auf. Daraufhin darf die Lehrerin an ihrer alten Schule bis zur endgültigen Entscheidung über ihre Versetzung weiter unterrichten.

### Demonstration gegen Fluglärm

**Eine Demonstration von sechs Spandauer und Reinickendorfer Bürgerinitiativen „Aktion gegen den Fluglärm" sowie des Evangelischen Johannesstiftes findet am Sonnabend in Spandau statt. Sie beginnt um 10 Uhr am Kolk und führt zum Rathaus in der Carl-Schurz-Straße. Die Beteiligten fordern in einem Flugblatt ein „striktes Nachtflugverbot von 22 bis 7 Uhr". Außerdem wird gefordert, daß der Senat alle Pläne für „ein Luftkreuz Berlin" fallen läßt.** 12.10.77 (Tsp)

## PHANTASIE

### Befreite Milch

**Melbourne** (AP). In Melbourne hat in der letzten Zeit eine Gruppe von sich reden gemacht, die sich „Milch-Befreiungs-Front" nennt. Nach Angaben der Polizei vom Freitag stiehlt die Guppe die Milchlieferungen in den vornehmen Wohnvierteln von Melbourne und verteilt sie an Schulkinder. In den geleerten Milchkästen befinden sich dann regelmäßig Zettel. Auf denen steht, die vorherigen Besitzer der Milch könnten auch ohne diese auskommen. „Die Umverteilung des Reichtums beginnt hiermit".

Tsp 14.9.77

## Für CHILE

LEUTE SPENDET MAL WIEDER blut FÜR chile !

‚1oo.ooo dm hat die letzte Blutspendeaktion reingebracht.Am dienstag den 22.oktober zwischen 14 u.19.3o kann man in Neukölln(weisestr.26/ecke aller str.)kann man sich wieder Blut abzapfen lassen.Für 5oo ml erhält man 3o dm.,die geht man dann nicht in die nächste Kneipe versaufen sondern über weist sie auf das Psckkonto des Chile komitees:BlnW. 38oo87-1o8 z. Kohut. Übrigens,blut kann man auch an anderen stellen ,gegen Entgelt,spenden,Plasma (irgendwo am Ku-damm)kann glaub ich sogar jede woche,auch gegen harte währung,spenden.

# In eigener Sache:

## PROBLEM I N F O

Info immer wöchentlich er-
wird schon als Selbstver-
hkeit angesehen, sind wir
t der 25igsten Jubiläumsaus-
zum Begriff geworden. Aber
er klappt weder die Produktion
noch die Verteilung so optimal, daß
es nicht immer die selben Genossen
tun müßten. Fällt von den 'Stamm-
spielern' aber mal einer aus, so
sieht es düster und chaotisch aus.
Keiner weis bescheid und die Heraus-
gabe ist gefährdet.
Warum bleibt die Arbeit immer an
den Gleichen hängen ?

- Haben die Genossen Angst, das was die 'Profis' da machen nicht zu können, obwohl das ganz einfach ist ?
- Will man sich nicht qualifizieren, weil die da in der Inforedaktion (wir sind keine!!!) es sowieso machen ?
- Ist das ein Teil, der 'natur-gemäß' zum Sponti-Image gehört ?

Kann man sich eigentlich vorstellen, daß an jedem Sonntag die 'Übrigge-bliebenen' sich die Titelseite, die Artikel usw. aus den Fingern saugen, bis um 3 uhr morgens im SZ nächtigen und dann die Infos am Montag noch legen und am Dienstag noch vertreiben.
Mit der 'entfremdeten Arbeit' im Kapitalismus ist diese 'Elite'-bildung wohl kaum erklärbar.
Dabei kann Info-Machen Spaß machen, wenn man dadurch Phantasie entwick-eln und Leute kennenlernen kann.
Dieser Spaß kann aber nur sozialisiert werden, wenn auch echtes Interesse an der Mitarbeit besteht.
Wer am Sonntag-Abend an unserem Spaß teilhaben will, aber auch Interesse daran hat, ernsthaft zu diskutieren (z.B. über die Probleme, die in der Arbeitsteilung der Redaktion liegen) soll mal um $18^{00}$ im SZ vorbeikommen.
Mal sehen, ob es hilft

- mehr Artikel und Information
- Vorschläge für die Umschlagseite
- mehr Mitarbeiter in der Redaktion
- Noch mehr die Info vertreiben und lesen
- offene Kritik am Info selbst (Artikelwahl/Layout usw.)

SOZIALISIERT DAS INFO! ARBEITET MIT!

## ANZEIGEN

- 2 FRAUEN suchen 2 Zim. in WG. (Wg.Erfahrung) Tel.: 2166669

= 5 Zimmerladenwohn. für Wg.oder Arbeitsgr., im Wedding abzugeben. tel. 8247717 (Olaf).

- AG KNAST c/o ASTA der Fachhochschule / 61 Darmstadt/Schöffestr./ hat ein Info über Strafvollzug in der BRD Kriminalität u. Gesellschaft usw., rausgebracht(1 dm. in Briefmarken)

- Noch 3o/ 3dm ermäßigungsscheine für die JAZZtage umsonst abzugeben,u.ca. 7 Karten pro Konzert.Durschnittspreis: 6,85 dm. 8173818 (Ralf)

- Zeitschrift für kritisch-polit. FOLKMAGAZIN :c/o H.Mees/6091 Trebur K.Liebknechtstr.3o.

- WOHNUNGSTAUSCH : Wie wirds gemacht? -Man kauft sich eine WOHNTAUSCH - KARTE in irgendeinem Papierladen, füllt die Karte aus u. schickt sie an das LANDESAMT für Wohnwesen/1-3o/potsdamer 192.Von diesem Amt kriegt man dann eine Liste mit Tauschangeboten zugeschickt! Na bitte !

- MFG nach PARIS gesucht für 28/29 oktober.T.:8219820

## PUTTE

, gibt's die noch?

aber klar. wie die meisten wohl wissen, haben wir uns die vom bezirksamt angebotenen "ersatzräume" genommen und die jusos, die sich dort eingenistet hatten, rausgeschmissen, damit die arbeit mit den kindern und jugendlichen weitergehen kann.
der schülerladen läuft in der woche von 13.00 - 17.00 uhr. besucht wird er von deutschen und türkischen schülern.
der abenteuerspielplatz ist zwar seit einem halben jahr vom bezirksamt für unsere arbeit versprochen, doch noch nicht an uns übergeben.
der jugendladen wird diese woche wieder aufgemacht. wir hatten ihn vorübergehend geschlossen, da wir renovieren mußten. zum anderen haben wir unsere arbeit im jugendladen noch einmal durchgesprochen.
folgende gruppen haben wir gebildet:
frauengruppe:
macht rollenspiele und diskutiert die probleme der einzelnen, die sich durch die arbeit in der putte, am arbeitsplatz, in den betiehungen zu typen und untereinander ergeben
knastgruppe:
spontan entstanden, jedoch wollen wir langfristig arbeiten, wir entwickeln deshalb z.z. mit den gefangenen gemeinsam die grundlage dafür
foto-tontechnikgruppe: geplant
musikkollektiv:
wir haben zum hungerstreik 2 lider getextet und komponositiert. davon machen wir eine single, der erlös geht an arbeitende knastgruppen
der kinderladen kann zur zeit nicht laufen, da wir zu wenig räume haben den vom bezirksamt zur verfügung gestellten räume sind eben keine alternative, sondern blanker hohn.
im winter sind die räume für den schülerladen viel zu klein, da jetzt schon zeitweise an die 30 kinder kommen und im winter mit 50 zu rechnen ist. dann sind die räumlichkeiten arschkalt. die arbeit im jugendladen wird behindert, da wir dauernd anzeigen wegen lärmbelästigung am halse haben von den mietern; die schallisolierung ist vom bezirksamt noch nicht eingebaut.

außerdem wird unsere arbeit dadurch behindert, daß uns nicht das geld bewilligt wird, was wir brauchen. daher überlegen wir uns jetzt, was wir dagegen machen können.

aus der jetzigen arbeit vorschläge für stadtteilgruppen und genossen, die rumflippen:
organisiert euch an euren bedürfnissen!!!! musiker, macht lieder zu anstehenden polit. themen (knast, chile, arbeitsplatz, usw.),
malt und entwerft plakate zu oben genannten themen oder den anstehenden wahlen,
bildet straßentheatergruppen usw.
nicht 'was tun' lesen, sondern was tun - überleg' nicht, was du tun könntest, sondern tu, was du tun kannst!!!
plenumstermin der putte:
sonntags 16.00 uhr

putte sucht gängigen fernseher, spiele und stühle. am besten klappstühle. 4 65 68 51

**Diese Zeitung ist ein Kampfblatt. Ein Blatt für alle, die am dauernden Klassenkampf beteiligt sind.**
**Ein Ausdruck des täglichen Kleinkriegs der Unterdrückten gegen die Unterdrücker.**
**Ein Ausdruck der Diskussionen darüber**
**Ein Ausdruck unserer Arbeit,**
**unserer Fehler.**

TIK

-Tik ist zu !

das Mampf-Tik-kollektiv,
cht reinkommen. Wir aus-
von:
essen, besitzer und ver-
es Leierkasten, der Nulpe
n und des Mampf,
nke, Hans Eckart, Ulrike
malige Mitarbeiter des
rnst-Jürgen (Yogi) Johns-
liger mitpächter der
pf.
onen und einige helfer
samstag, den 19.10.74
r in unsere kneipe ein
sie seitdem besetzt.
theater liegt die woh-
udi Günter, einem Kollek-
f. Der versuch, einige
mm aus dieser wohnung
-, wurde mit totschlä-
aspistole abgewehrt.
m fünf von uns zum teil
etzt.
hinter dieser aktion?
t: Quasi aus dem nichts
ns innerhalb von knapp
s Mampf-Tik zu dem ge-
es heute ist. Heute ist
stenzgrundlage für 18
dadurch unabhängig
iches theater machen

ektivbetrieb soll jetzt
ielle kneipe gemacht
er das theater nur noch
st.
men alles, unseren la-
bekommen. Auf alle
wir ein kollektiv

0.74, das Mampf-Tik-
Kollektiv

---

gesucht von hollän-
ssen. Roud Bloegmakers
Lang, Curvystr.21,
4

---

nt monatlich. Einzelpreis DM
12 für 12 Nummern. Voraus-
WOLLEN ALLES, 8551 Gai-
4-852 beim Postscheckamt
sadresse: WIR WOLLEN
az Nr. 12.

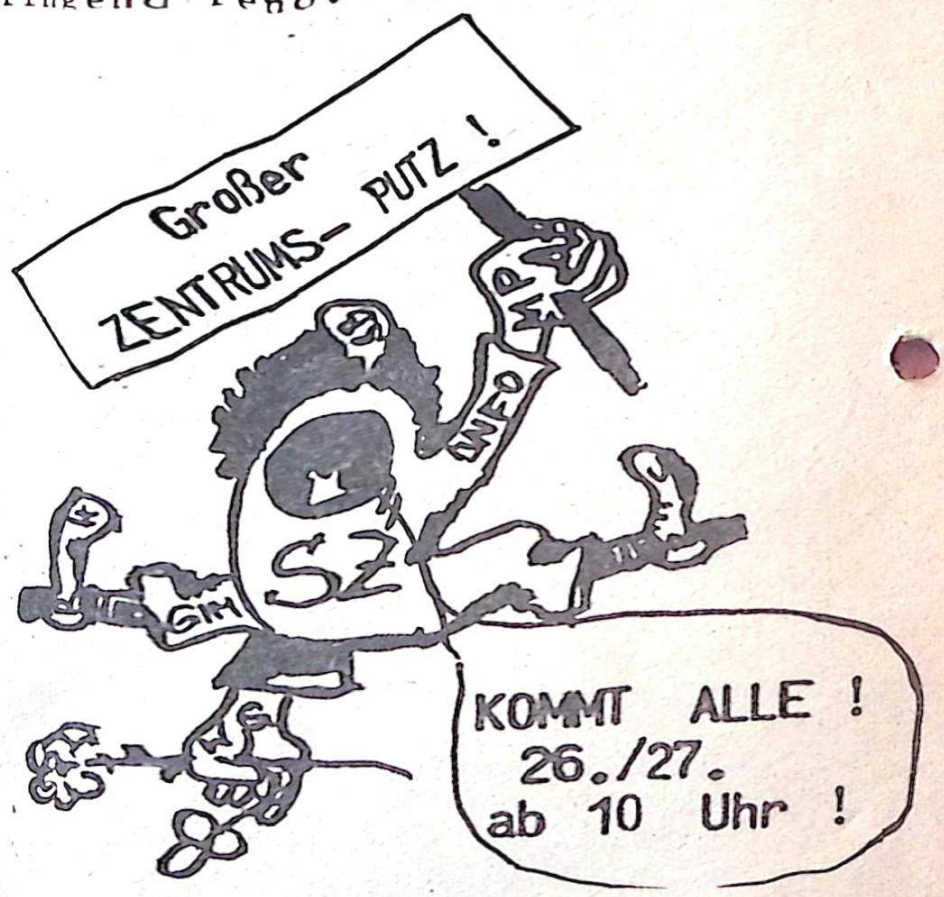
Großer

ZENTRUMS - PUTZ !!!

am

Sa/So 26./27.1o je ab 10 Uhr

Das SOZIALISTISCHE ZENTRUM muß
dringend renoviert werden !!!




**Samstag: Malerarbeiten**
Bringt Werkzeug mit:
Pinsel, Spachtel, Farbroller etc.

**Sonntag: Saubermachen**
damit das Zentrum bewohnbar wird !!

**Die Zentrumskneipe ist offen !**
und versorgt alle arbeitenden Ger!!

suche schreibmaschine - nicht elektrisch 795 50 13 Christoph

Proletarier aller Laender

beeilt euch,
die Avantgarde ist

hinter euch her !

KNASTDOKUMENTATION

Name: ..... Vorname: ..... Buch-Nr.:.....

# Erklärung!

Durch meine Unterschrift bestätige ich, daß ich von den nachstehenden Bestimmungen Kenntnis genommen habe.

1. Wer es unternimmt, durch Singen, Schreien Pfeifen oder sonstigen Lärm die Ruhe zu stören,
2. wer sich am Fenster aufhält oder an den Gitterstäben zu schaffen macht, Gegenstände Fenster wirft, sich durch Rufen oder Zeichen mit anderen Häftlingen in Verbindung setzt,
3. wer auf Tische, Stühle, Schemel oder Betten steigt oder Bekleidungsgegenstände, Wäsche und andere Dinge an den Zellenfenstern oder Fensterjacken aufhängt,
4. wer versucht, Briefe oder Kassiber innerhalb der Anstalt oder in die Außenwelt zu schmuggeln,
5. wer versucht, mit anderen Gefangenen oder Bediensteten Geschäfte irgendwelcher Art zu tätigen oder sie dazu zu überreden,
6. wer Ausbruchswerkzeuge oder andere verbotene Gegenstände in die Anstalt einzubringen versucht oder andere als die ihm bei der Einlieferung ordnungsgemäß überlassene Gegenstände heimlich im Besitz hat,
7. wer einen Ausbruch vorbereitet, versucht oder daran teilnimmt, wer sich an einer Meuterei beteiligt oder dazu auffordert, wer Anstaltsbedienstete tätlich anzugreifen versucht,
8. wer schriftlich oder mündlich Beschwerden vorbringt, von denen er weiß, daß sie unbegründet sind,
9. wer Abfälle oder andere Gegenstände in die Toilette wirft,
10. wer durch Beschmieren, Bekritzeln, Bekleben oder durch Einschlagen von Nägeln die Anstaltsräume verunreinigt oder beschädigt,
11. wer ohne ärztliche Anordnung am Tage im Bett liegt oder darauf sitzt,
12. wer Anstaltsgegenstände (Zelleninventar, Fenster, Bekleidungsgegenstände, Bücher usw.) mutwillig beschädigt, — es ist Schadenersatz zu leisten —,
13. wer Bücher, Zeitschriften, Zeitungen eigenmächtig tauscht,
14. wer sich beim Sammeln oder auf dem Weg zur Arbeit, zur Freistunde oder bei dem Kirchgang mit anderen Häftlingen unterhält oder sonst Kontakt aufnimmt,
15. wer den ihm zugewiesenen Platz eigenmächtig ohne Erlaubnis verläßt oder sich durch Täuschung in eine andere Zelle einschließen läßt,
16. wer sich ohne ärztliche Genehmigung bei der Freistunde im kleinen Kreis bewegt,
17. wer auf den Fluren, bei der Freistunde oder im Bett raucht,
18. wer für andere Gefangene Schriftstücke verfaßt oder schreibt,
19. wer durch Ausschrauben von elektrischen Lichtkörpern oder unbefugtes Hantieren an Heizkörpern die Sicherheit der Anstalt gefährdet,

verstößt gegen die Verhaltensvorschriften und die Hausordnung, deren genaue Beachtung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Anstalt zwingend erforderlich ist. Verstöße gegen die genannten Bestimmungen werden mit Hausstrafen geahndet, evtl. auch gerichtlich verfolgt.

Außerdem bestätige ich durch meine Unterschrift, verpflichtet zu sein, eine wesentliche Erkrankung, Verletzung, Hautausschlag, Ungeziefer unverzüglich zu melden und ebenso Meldung zu machen, wenn ich von dem Plan eines Selbstmordes, einer Selbstbeschädigung, eines Angriffs oder einer Verabredung zur Flucht, Ungehorsam oder einer Meuterei erfahre.

1 Berlin 21, den .....

(Unterschrift)

Die "Rechte der Gefangenen - Keine !!!

Das Info gibt's

Buchladen am Savignyplatz
Pol. Litzenburgerstr,
Commune, Unter den Eichen
Kreuzberger Bücherstube, Kottbusser Damm
Bergengruensche Buchhandlung 19, Schloßstr. 29
Heinrich-Heine-Buchhandl.,12,Hardenbergstr.
Zeitungsstand am Zoo, unter der S-Bahn
Zeitungsstand am Kudamm/Ecke Giesebrechtstr.

In den Kneipen:

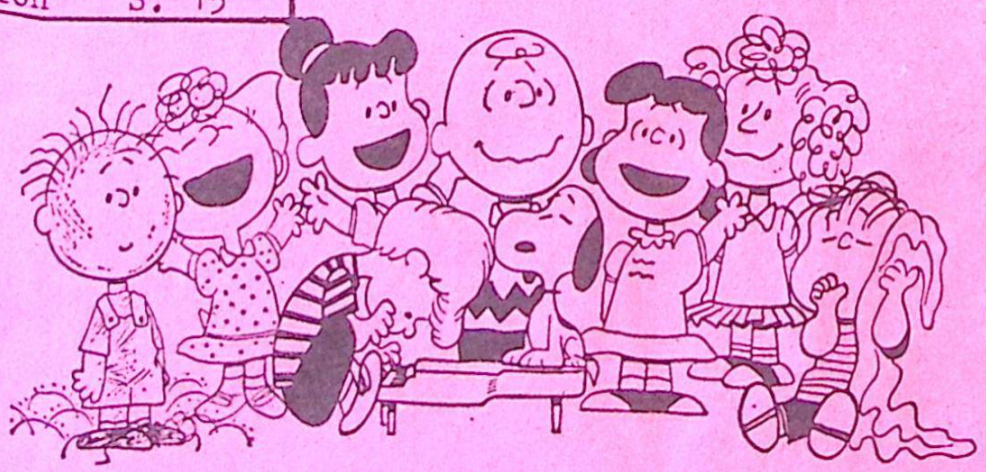
Schlauch, 21, Rathenowerstr.
Kastanie, 19, Schloßstr.
Gittas gute Stube, 19, Spandauer Damm 23
Pusher, 62, Monumentenstr.
Quinte, 3o, Grunewaldstr,
Stiege, 36, Oranienstr.
Baarlam's Heide, 61, Mehringdamm
Rotkehlchen, Yorkstr.
Wanne, Holsteinische Str.
Gottlieb, Steinmetzstr.
Bilbao, Mansteinstr,
Kino Bali, S-Bahnhof Zehlendorf
Dschingis Khan, 30,Martin-Luther-Str. 41
Joshuas Tee-Galerie, 12, Pestalozzistr.64

# rote hilfe

benifiz - rock
(nosti - rock !)
Mittwoch 23.1o ab 19 uhr
in der "TARANTEL"
Kreuzberg,Kopernikerstr.74
(Bus 28 / U- Schles.Tor)
Es spielt: "JACKY and the strangers"
Was gibt's? Viel Rock, Informationen, Versteigerung
EINTRITT: 2.-- DM
für die Unterstützung der Genossen im Knast !

INHALT


| | |
|---|---|
| Muki | S. 2 |
| ML-Gruppen,Volksentscheid | S. 3 |
| MP,Termine,Medien | S. 6 |
| Hungerstreik | S. 7 |
| Ökonomen | S. 9 |
| PH-Hochschulgruppe | S. 10 |
| Kurznachrichten | S. 11 |
| Problem INFO | S. 12 |
| Putte | S. 13 |
| Mampf/Tik | S. 14 |
| Knastdokumentation | S. 15 |


Impressum:

INFO - BUG: 1-21, Stephanstr. 6o
Tel.: 395 8o83
Mittwochs-Plenum 19.3o
Sonntags ab 18.oo Redaktionssitzung